

*Mitteilung des Senats vom 2. August 2005*

*Zukunftsinvestitionen in die Köpfe*

Die Fraktion der SPD hat unter Drucksache 16/694 eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die vorgenannte Große Anfrage wie folgt:

1. Welche Position hat der Senat zur Abschaffung der Eigenheimzulage und deren alternative Verwendung für Bildung, Forschung und Innovation?
2. Wie hat Bremen im Bundesrat bzw. im Vermittlungsausschuss votiert?
3. Welche Investitionsprojekte in Bremen und Bremerhaven würde der Senat aus den Mitteln der abgeschafften oder reduzierten Eigenheimzulage zur Realisierung vorschlagen?

Der Senat hat sich im Bundesrat bei der Abstimmung über das „Gesetz zur finanziellen Unterstützung der Innovationsoffensive durch Abschaffung der Eigenheimzulage“ am 26. November 2004 enthalten.

Der von der Bundesregierung angerufene Vermittlungsausschuss, in dem der Präsident des Senats als einer der beiden Vorsitzenden stets auf eine Konsensbildung auch in dieser Angelegenheit hingewirkt hat, hat sich in der 6. Fortsetzung seiner 45. Sitzung am 29. Juni 2005 zu diesem Thema vertagt; die nächste Beratung darüber soll voraussichtlich am 5. September 2005 stattfinden.

Über eine Verwendung von eventuell verfügbaren Mitteln wird der Senat Vorstellungen erst dann unter der notwendigen Berücksichtigung gegebener Umstände entwickeln können und der Bürgerschaft vorschlagen, wenn die Bedingungen von Abschaffung oder Reduzierung der Eigenheimzulage konkret gewürdigt werden können.